BREMISCHE BÜRGERSCHAFT Landtag 20. Wahlperiode

Drucksache 20/1411

(zu Drs. 20/1351) 22.03.2022

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD "Energiewende für alle – Balkonsolaranlagen fördern" (Drucksache 20/1351)

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Einleitungstext Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

"Für das Bremer Klimaziel bis 2030 bedeutet das eine Reduktion der Treibhausgasemissionen einschließlich der Stahlindustrie gegenüber 1990 um 60 Prozent."

- 2. Im Einleitungstext Absatz 7 wird Satz 4 gestrichen.
- 3. Der Antragspunkt 1 wird wie folgt neu gefasst:

"sich beim Netzbetreiber Wesernetz dafür einzusetzen, dass ein weiter vereinfachtes, verbraucherfreundlicheres Meldeverfahren für steckerfertige PV-Anlagen eingeführt wird;"

4. Der Antragspunkt 2 wird wie folgt neu gefasst:

"sich bei den Bremer Energieversorgern dafür einzusetzen, dass sie attraktive "Pauschalpakete" (Module, Elektroarbeiten, bei Bedarf Zählertausch) für die Kund:innen an-bieten, die an die Energieberatung beispielsweise bei der Verbraucherzentrale Bremen oder energiekonsens gekoppelt sind;"

5.Der Antragspunkt 3 wie folgt neu gefasst:

"ein Förderprogramm zur Bezuschussung der Anschaffung von Balkon-Solaranlagen mit einmalig bis zu 300 Euro je Anlage und Antragsteller (max. 50

Prozent der förderfähigen Kosten) sowie für Sozialleistungs- und Wohngeldempfänger:innen sowie für Transferleistungsbezieher:innen mit bis zu 450 Euro je Anlage und Antragsteller (max. 75 Pro-zent der förderfähigen Kosten) aufzulegen, das an die Energieberatung beispielsweise bei der Verbraucherzentrale Bremen oder energiekonsens sowie die Voraussetzung gekoppelt ist, dass alle anzuwendenden Normen für fest installierte Stromerzeugungsgeräte erfüllt werden;"

6. Der Antragspunkt 6 wird wie folgt neu gefasst:

"der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten."

Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU